



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Die KMU werden oft das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft genannt, denn drei Viertel aller Erwerbstätigen arbeiten in KMU. Gleichzeitig zählt unser Land überdurchschnittlich viele multinationale Grossunternehmen. Zusammen machen sie die einmalige Schweizer Wirtschaftslandschaft aus. Grosse und kleine Firmen sind sowohl

economieuisse: Plattform für den Dialog zwischen grossen und kleinen Firmen

wirtschaftlich wie politisch aufeinander angewiesen. Es gibt keine nach Unternehmensgrösse differenzierte Ordnungspolitik. Gute oder schlechte Rahmenbedingungen betreffen alle. Aber es stimmt, dass kleinere, an wenige Standorte gebundene Firmen direkter von wirtschaftspolitischen Entscheiden betroffen sind. economieuisse kann gerade eine Plattform für den Dialog und das Zusammenwirken von kleineren und grossen Unternehmen bilden. Ein Zeichen dafür hat unser Verband mit der Zusammensetzung des neu konstituierten Präsidiums gesetzt.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Regelung des Elektrizitätsmarktes

Am 27. März dieses Jahres verabschiedete der Bundesrat den Verordnungsentwurf zum Elektrizitätsmarktgesetz.

Der Verordnungsentwurf war während Monaten Gegenstand intensiver Verhandlungen zwischen Bundesverwaltung, economieuisse, Schweizerischem Gewerbeverband, Strombranche, Kantonen, Konsumentenverbänden und Umweltschutzorganisationen.

Versorgungsqualität erhalten

In Bezug auf die neue Regelung des Elektrizitätsmarktes erwarten Haushalte und Unternehmen, kleine wie grosse, dass die Versorgungssicherheit weiterhin gewährleistet bleibt, d.h. dass es keine lästigen Stromausfälle gibt und der Strom immer in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Alle Voraussetzungen für eine gute Versorgungsqualität sind in der Gesetzgebung verankert.

Wettbewerbsfähigere Strompreise

economieuisse hat dafür gesorgt, dass die Gesetzgebung neben diesem wesentlichen Punkt ein zweites wichtiges Ziel anstrebt: Sie soll die Senkung des Strompreises fördern. Zur Erinnerung: Die kleinen und mittleren Unternehmen zahlen heute in der Schweiz für Strom bis 40 Prozent

mehr als ihre europäischen Konkurrenten. Diese Benachteiligung schwächt den Wirtschaftsstandort und verlangsamt das Wachstum. Sie muss daher so schnell wie möglich beseitigt werden. Deshalb ist die vom Bundesrat verabschiedete Verordnung erfreulich. Es sind nämlich nicht die Produktionskosten, sondern die Transportkosten, die den grössten Teil des Strompreises ausmachen. Bei einem Jahresumsatz der Strombranche von etwa acht Mrd. Franken kommen fast fünf Milliarden aus dem Stromtransport. Das Gesetz führt den freien Wettbewerb jedoch nur im Produktionsbereich ein. Auch wenn die Produktivität so weit wie möglich gesteigert worden wäre, hätte sich der Stromendpreis in der Schweiz nicht genügend an die europäischen Preise annähern können. Das Produktivitätspotenzial reicht schlicht nicht aus. Die Verordnung musste Wettbewerb in den Stromtransport bringt. Dieser bleibt jedoch faktisch ein Monopol.

Wettbewerb beim Stromtransport

Eine innovative Lösung wurde gefunden. Die Gesetzgebung führt ein dynamisches System ein, das die Effizienz der Netze allmählich verbessert und zu tieferen Preisen führt. Damit das gelingt, verlangt die Ver-

ordnung zuerst von den Elektrizitätswerken, dass sie transparent über diejenigen Kosten Auskunft geben, auf denen das verlangte Entgelt für den Stromtransport beruht. Der Schiedskommission fällt dann die wichtige Aufgabe zu, diesen Preis zu überprüfen. Bei ihrer Einschätzung muss sie insbesondere die Ergebnisse berücksichtigen, die auf internationaler Ebene von vergleichbaren Elektrizitätswerken erzielt wurden – das ist wichtig. Dieselbe Kommission hat zudem das Recht, eine Senkung des Transportpreises durchzusetzen, wenn sie feststellt, dass das Netz nicht effizient genug betrieben wird. Zu diesen Bestimmungen kommt als vorübergehende Begleitmassnahme hinzu, dass die derzeitigen Transportpreise nicht erhöht werden dürfen. Dadurch werden die ans Netz gebundenen Kunden – Kleinunternehmen und Haushalte – während der sechs Jahre geschützt, in denen ihnen der Zugang zum Markt verwehrt bleibt.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Die neue Regelung des Elektrizitätsmarktes eröffnet der Schweizer Wirtschaft gute Perspektiven. Sie ist zukunftsorientiert und kommt Wirtschaft und Konsumenten zugute. Da die

Fortsetzung auf Seite 2

Schwerpunktthema

Die Vernachlässigung der Wechselkursproblematik wird in Teilen der Exportwirtschaft mit Enttäuschung aufgenommen.

Seite 2 ▶

Keine Alleingänge

economieuisse setzt sich ein für international harmonisierte Lösungen in der Stoffverordnung und der Luftreinhalteverordnung.

Seite 4 ▶

Zur Aussenpolitik

Bundesrat Joseph Deiss vor dem Vorstand von economieuisse zu neueren Entwicklungen in der schweizerischen Aussenpolitik.

Seite 4 ▶

Strafprozessordnung

Eine einheitliche eidgenössische Strafprozessordnung soll die kantonalen Prozessordnungen ablösen. Die Wirtschaft ist direkt betroffen.

Seite 5 ▶

Geldpolitische Kommunikationsknacknuss

Es wird häufig gesagt, Wechselkurse seien die am wenigsten verstandene Variable der Ökonomie.

Vielleicht ist es diesem Umstand zuzuschreiben, dass die Schweizerische Nationalbank bei ihrer vierteljährlichen geldpolitischen Lagebeurteilung am 21. März 2002, bei der das bestehende Zielband von 1,15 bis 2,25 Prozent für den Dreimonats-Libor bestätigt wurde, auf den Wechselkurs des Franken mit keinem Wort einging. Dies war insofern bemerkenswert, als sich der Franken gegenüber dem Euro – trotz der Lockerung der Geldpolitik am 7. Dezember 2001 – in einem Band zwischen 1,46 bis 1,48 bewegt, das nach den meisten Kaufkraftparitätsberechnungen auf eine Überbewertung hindeutet. Kein Wunder also, dass die Vernachlässigung der Wechselkursproblematik in Teilen der Exportwirtschaft mit Enttäuschung aufgenommen worden ist, wird doch die Stärke des Franken in vielen Unternehmen als belastend empfunden.

Komplexe Erwartungsbildung

Nach aller Erfahrung wissen wir mittlerweile, wie schwierig die zinspolitische Feinststeuerung des Wechselkurses als erwartungsbestimmte Grösse ist. Zum einen besteht keine Sicherheit darüber, dass eine Zinssatzsenkung genau nach dem traditionellen Reaktionsmuster abläuft. Danach würden tiefere Finanzierungskosten die Investitionstätigkeit beleben und/oder über eine schwächer tendierende Währung die Exporte ankurbeln. Zumindest die Erfahrungen mit den US-Zinssenkungen der jüngsten Zeit belegen, dass es auch noch einen anderen Übertragungskanal gibt, bei dem tiefere Zinsen höhere Aktienkurse bewirken und in diesem Sog die Nachfrage nach der eigenen Währung und damit deren Kurs steigen lassen. Zum an-

dern gehen in die Erwartungsbildung der Devisenmarktakteure vielfältige Faktoren ein, die sich ex ante nicht quantifizieren lassen. Sie reichen von den Nominal- und Realzinsunterschieden, der relativen Entwicklung der monetären Aggregate über die Wachstumsunterschiede bis zu strukturellen und psychologischen Faktoren. Je nach der Bedeutung, welche diesen Grössen für die zukünftige Kursentwicklung beigemessen wird, kann die Reaktion sehr unterschiedlich ausfallen. So hat die angekündigte Fortführung der bisherigen Geldpolitik am 21. März 2002 offenbar die Vorstellung gestärkt, die Schweiz befinde sich bereits wieder im konjunkturellen Aufwärtstrend samt aufgehellten Ertragsperspektiven mit der Folge, dass der Franken noch stärker notierte.

Hoffnung auf Korrektur

Diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, dass sich die



Bild: RDB

Nationalbank nur wenige Tage nach der geldpolitischen Lageanalyse gezwungen sah, die kurzfristigen Repo-Konditionen für die tägliche Liquiditätszufuhr um zehn Basispunkte auf 1,39 Prozent zu verbilligen. Stellt man auf die längerfristigen Zusammenhänge ab, so scheint eine Korrelation zwischen den Repo-Konditionen



Rudolf Walser, Mitglied der Geschäftsleitung

und der Entwicklung des Euro/Franken-Kurses zu bestehen. Dies lässt mittelfristig eine Korrektur des Euro/Franken-Kurses erhoffen. Allerdings ist der geldpolitische Freiraum des Libor-Bands von 1,25 bis 2,25 Prozent auch enger geworden.

Hinweis auf straffe Geldpolitik

Es hat in der langen Zeit seit dem Übergang zum Floating je nach Frankenstärke immer wieder Phasen gegeben, wo sich die Geldpolitik, ohne die Preisniveaustabilität deswegen aus den Augen zu verlieren, stärker am Wechselkurs ausrichten musste. Das ist für ein derart aussenwirtschaftlich verflochtenes Land wie die Schweiz an und für sich auch nichts Besonderes. Immerhin zeigen Simulationen der UBS, dass ein Euro/Schweizer Franken-Kurs zwischen 1,47 bis 1,48 die BIP-Wachstumsrate um bis zu einem halben Prozentpunkt verringern könnte. Hinzu kommt, dass die nominalen kurzfristigen Zinsen zurzeit höher sein dürften als das BIP-Wachstum zu laufenden Preisen, was nach einer gängigen Faustregel eher auf eine relativ straffe Geldpolitik hinweist.

Schwierige Ermessensfrage

Vor diesem Hintergrund versteht es sich von selbst, dass der Kommunikation von geldpolitischen Entscheidungen eine besondere Bedeutung zukommt. Warum sich die Notenbank diesmal mit dem Wechselkurs so schwer tat, bleibt ihr Geheimnis. Die Wirtschaft erwartet von der Notenbank keine wechselkurspolitischen Wunder. Sie geht jedoch davon aus, dass der Wechselkurs angemessen in die geldpolitische Lageanalyse einbezogen wird. Letztlich ist die Auslotung des geldpolitischen Spielraums immer eine schwierige Ermessensfrage. In der heutigen Lage sollte der Wechselkurs aber nicht zu einer Last für die schweizerische Konjunktur werden.

economiesuisse: neu konstituiertes Präsidium

Der Vorstand von economiesuisse hat an seiner ersten Sitzung das Präsidium des Verbandes neu konstituiert. Seit Beginn des Jahres führt Ueli Forster den Dachverband der Schweizer Wirtschaft als Präsident. Neben dem Präsidenten wurden als Vizepräsidenten bestätigt oder gewählt: Charles Pictet (bisher), Dr. Franz B. Humer (neu) und Johann Niklaus Schneider-Ammann (neu). Als Quästor amtiert Marcel Ospel (bisher).

USA und EU: Schutz gegen Stahlimporte

Im März 2002 haben zunächst die USA und dann die EU Schutzmassnahmen gegen Stahlimporte beschlossen. Durch diese Massnahmen sind – namentlich was den EU-Binnenmarkt betrifft – einige Schweizer Unternehmen stark betroffen. Erste Diskussionen zwischen dem seco und Vertretern dieser Unternehmen fanden statt. Dabei ging es darum, mit welchen Massnahmen diesen Nachteilen begegnet werden kann. Die zuständigen Wirtschaftsverbände und economiesuisse sind an diesen Gesprächen beteiligt.

Jahrespressekonferenz economiesuisse

Am 25. April findet um 11 Uhr im Hotel Bellevue Palace in Bern, Salon Rouge, die Jahrespressekonferenz von economiesuisse statt. Neben aktuellen wirtschaftspolitischen Themen wird die Publikation «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2002» vorgestellt.

Fortsetzung von Seite 1

Gesetzgebung die Elektrizitätswerke veranlasst, mit dem europäischen Markt in Wettbewerb zu treten, wirkt sie sich positiv auf das Wachstum des Landes und somit auch auf die Beschäftigung und den Lebensstandard aus. economiesuisse unterstützt deshalb das Gesetz und engagiert sich in der Kampagne zur Abstimmung vom 22. September dieses Jahres.



florent.rodut@economiesuisse.ch

Wandel als Chance – Deutsche Wirtschaft goes public

Seit zwei Jahren läuft in Deutschland mit grossem Erfolg eine bundesweite Informationskampagne für marktwirtschaftliche Reformen. Lanciert wurde die Kampagne vom deutschen Institut der Wirtschaft in Köln und dem BDI. Hintergründe einer ungewöhnlichen Initiative gegen Liberalisierungs- und Globalisierungsängste.

Fredy Müller im Gespräch mit Dieter Rath, Geschäftsführer der Kampagne

Herr Rath, warum hat sich die deutsche Wirtschaft entschlossen, eine Kampagne Neue Soziale Marktwirtschaft zu lancieren?

Unsere Gesellschaft hat den Mut zu wirklichen Reformen verloren. Dafür hat sie die Verteidigung sozialer Besitzstände zum obersten Prinzip erklärt. Sie hat dabei ihre Anpassungsfähigkeit eingebüsst und kann die grossen Chancen einer Welt der globalen Märkte nicht nutzen. Die Folge: Reformstau. Für Reformen braucht es gesellschaftliche Mehrheiten. Doch diese fehlen. Eine Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach belegt, dass rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung ein kritisches Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft haben: Ein Beispiel: Viele glauben, den Unternehmen gehe es vor allem darum, Kosten zu minimieren, Gewinne zu maximieren und Arbeitsplätze zu reduzieren. Dass Firmen, die rote Zahlen schreiben, keine neuen Jobs anbieten, wird dabei völlig ausgeblendet. Das war für uns einer der Auslöser, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch aktiv zu werden.

Für ihre Informationskampagne konnten sie eine breite Trägerschaft gewinnen. Ist das eines der Erfolgsrezepte?

Ganz sicher! Das partei- und branchenübergreifende Netzwerk unserer Kampagne unterstreicht die Glaubwürdigkeit unserer Anliegen. Reformen müssen Chancen für alle versprechen. Sonst bringen Sie die gesellschaftlichen Mehrheiten dafür nicht zusammen. Ich erinnere an Ludwig Erhards Versprechen «Wohlstand für alle». Auch hier waren alle angesprochen, was sicher das entscheidende Erfolgsgeheimnis der sozialen Marktwirtschaft nach dem Krieg war. Wir haben mit unserem Leitmotiv «Chancen für alle» bewusst an diesen Erfolgslogan angelehnt. Wir propagieren die vielfältigen Chancen dank Eigeninitiative, Wettbewerb und Unternehmertum im heutigen, globalen Umfeld.

Eine solche Kampagne steht und fällt mit den Absendern. Hatten sie keine Mühe, glaubwürdige Köpfe zu finden?

Wir hatten das Glück, den früheren Bundesbankpräsidenten Professor Dr. Hans Tietmeyer für unser Anliegen gewinnen zu können. Als Kuratoriumsvorsitzender unserer Initiative ist er



Der angesehene Altbundespräsident Roman Herzog als «Botschafter» für weniger Sozialstaat.

eine Art Magnet für andere prominente Persönlichkeiten aus Parteien, Wirtschaft und Wissenschaft.

Wie reagieren die Leute auf ihre Kampagne? In ihrem breiten Themensortiment greifen sie gleich mehrere heisse Eisen auf wie «Eigeninitiative

und Deregulierung», «Schlanker Staat» oder «So viel Sozialstaat ist unsozial»!

Es ist immer wieder erstaunlich, wie stark die Öffentlichkeit auf unsere Inserate, TV-Spots, Broschüren und Anlässe reagiert. In einer der jüngsten Anzeigen zum Thema Sozialstaat mit dem provokativen Hinweis «Finden Sie den Fehler!» wollten wir zeigen, dass ein Sozialhilfeempfänger dank staatlicher Unterstützung in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen durchaus das Einkommen eines durchschnittlichen Facharbeiters erreichen kann. Da gab es natürlich heftige Reaktionen – im Positiven wie im Negativen. Wir haben Hunderte von E-Mails und Briefen beantwortet. Die Reaktionen zeigten erfreulicherweise, dass einige, die vorher protestiert hatten, nachdenklich wurden. Andere Anzeigen mit zentralen Reformthemen fallen vielleicht etwas weniger auf, haben aber eine nicht minder gute Resonanz.

Wie sieht ihre Kampagnen-zwischenbilanz aus?

Anderthalb Jahre nach dem Start unseres Projektes, das auf fünf Jahre angelegt ist, stellen wir fest: Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft ist inzwischen quer durch alle Parteien ein Thema. Das hat sicher nicht nur, aber auch mit unserer Arbeit zu tun. Wir hoffen, dass aus der von uns angestrebten Änderung des Meinungsklimas am Ende politisches Handeln wird. Aus der Tagespolitik halten wir uns heraus. Wir wollen eine offene Plattform für Reformdiskussionen bleiben. In diesem Zusammenhang bin ich überzeugt, dass unsere Informationsoffensive bei der Bevölkerung eine Langzeitwirkung hat.

Siehe auch Seite 5

The Power of Partnership

Der vom 6. bis 8. Mai in Denver, Colorado, stattfindende 34. World Congress der Internationalen Handelskammer ICC stellt die Partnerschaft von Wirtschaft, Regierungen und NGOs in den Mittelpunkt. Die Organisatoren erwarten nebst den Vertreterinnen und Vertretern des Gastgeberlandes Teilnehmende aus 80 verschiedenen Staaten.

Für ICC-Präsident Richard D. McCormick ist der Kongress von Denver einer der wichtigsten Momente in der Geschichte der Weltorganisation der Wirtschaft. Die global herrschende wirtschaftliche, politische, soziale



und sicherheitspolitische Lage verlange wie nie zuvor die intensive Aufmerksamkeit der Weltwirtschaft. ICC ruft deshalb ihre Mitglieder auf, zusammenzukommen und Leitlinien zu definieren, an denen die Wirtschaft sich in den kommenden Jahren zum Nutzen und Wohl von Wirtschaft und Bevölkerung orientieren soll.

Die zentralen Fragen des jährlich durchgeführten Weltkongresses sind: Welche Rolle spielt die Wirtschaft bei der weltweiten Verbreitung der Vorteile des globalen Marktes, speziell beim Zugang zu neuen Technologien? Wie kann die Wirtschaft dazu beitragen, die internationalen Rahmenbedingungen hinsichtlich Gesetzen, Regulierungen und Institutionen so zu gestalten, dass auch unvorhersehbare Herausforderungen gemeistert werden können?

Auf der Agenda des Kongresses stehen unter anderem Themen wie der Kampf gegen moderne Formen der Wirtschaftskriminalität, alternative Lösungen zur Konfliktbeilegung (ADR), Technologien der Zukunft und ihre Auswirkungen, die digitale Spaltung der Welt, die brisante Situation schlecht ausgebildeter Jugendlicher, aber auch die Bio-revolution des 21. Jahrhunderts.

Weitere Informationen:

www.iccwbo.org/home/denver/index.asp

www.icc-switzerland.ch

European Business Summit: Politik, Wirtschaft und NGO an einem Tisch

«Unternehmensführung und nachhaltige Entwicklung in einem erweiterten Europa»: Unter diesem Motto steht das zweite Treffen der europäischen Wirtschaft vom 6. bis 8. Juni 2002 in Brüssel. Politiker, Wirtschaftsvertreter und NGO setzen sich an einen Tisch und diskutieren.

Der European Business Summit (EBS) wird vom Europäischen Arbeitgeberverband UNICE und Belgischen Unternehmensverband (FEB) organisiert und beeindruckt mit einer hochkarätigen Rednerliste. So werden nicht nur die Kommissare Monti (Wettbewerbskommission), Liikanen (Kommission für Informationsgesellschaft), Lamy (Kommission für Handel) und Verheugen (Kommission für Erweiterung), sondern auch wichtige Wirtschaftsvertreter erwartet (Gerhard Cromme, Präsident des «European Round Table of Industrialists», Pierre Jean Everaert, VR-Präsident



von Interbrew, und Jean-François Théodore, CEO von Euro-Next). Die NGO schicken unter anderem Tony Long vom WWF Europe.

Der EBS findet bewusst vor der grossen UNO-Veranstaltung über nachhaltige Entwicklung Ende August in Johannesburg statt. So kann die europäische Wirtschaft ihre Anliegen und Bedürfnisse zusammentragen, formulieren und Möglichkeiten evaluieren, mit denen sie zur

nachhaltigen Entwicklung beitragen kann. Dieses Treffen bietet insbesondere auch eine hervorragende Gelegenheit für die Beitrittsländer, sich vorzustellen, über das Wirtschafts- und Investitionsklima in ihren Ländern zu informieren und wichtige Kontakte zu knüpfen. Insgesamt werden etwa 1500 Teilnehmer erwartet. Der EBS ist jedoch nicht nur ein Kongress, sondern auch eine grosse Ausstellung. So stellt das «Exhibition and Networking Village» einen einzigartigen Treffpunkt für die verschiedenen Kongressteilnehmer dar und bietet die Gelegenheit, mit verschiedenen Organisationen, Verbänden, Lobby-Gruppen und NGO auf Tuchfühlung zu gehen. Mit diesem aufwändigen Programm stellt der EBS die wichtigste europäische Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaftskreisen, Politikern und NGO dar.



Bundesrat Joseph Deiss bei economiesuisse

Am 25. März sprach Bundesrat Deiss vor dem Vorstand von economiesuisse über neuere Entwicklungen in der schweizerischen Aussenpolitik.

Einleitend äusserte sich der Vorsteher des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten zur Zustimmung des Souveräns zum UNO-Beitritt der Schweiz anlässlich der Abstimmung vom 3. März. Bei dieser Gelegenheit dankte Bundesrat Deiss economiesuisse und ihren Mitgliedern für den Einsatz im Abstimmungskampf.

Europäische Integration

Am 1. Juni 2002 sollten die sieben sektoriellen Abkommen (Bilaterale I) in Kraft treten. Die anstehenden neuen bilateralen Verhandlungen (Bilaterale II) setzen sich aus sieben Themenbereichen zusammen, die, so Bundesrat Joseph Deiss,

noch im Zusammenhang mit den Bilateralen I zwischen der Schweiz und der EU im gegenseitigen Einverständnis definiert worden sind (left overs). Ebenfalls verhandelt werden sollen Begehren der EU (Betrugsbekämpfung und Zinsbesteuerung) und ein Begehren der Schweiz (Schengen/Dublin). Das Betrugsdossier sei darum für die EU wichtig, führte der Vorsteher des EDA aus, weil es um ihre finanziellen Interessen gehe. Der Bundesrat werde die in unserem Land gesetzlich verankerte Privatsphäre und das Bankkundengeheimnis verteidigen. Der Druck auf den Finanzplatz Schweiz, so Deiss, komme nicht nur von der EU, sondern noch stärker von der OECD und den USA.

Vorbehalte zur EWR-Option

Wenn in der Schweiz schon im Fall eines Assoziationsabkom-



Bild: RDB

mens Schengen/Dublin Zurückhaltung bestehe, dann noch viel mehr bezüglich eines EWR II. Gemäss Bundesrat Deiss würden neue Verhandlungen über einen EWR-Beitritt bedeuten, dass unter anderem das Abkommen über den Landverkehr neu ausgehandelt werden müsste. In der anschliessenden Diskussion wurden zahlreiche Fragen zu Betrugsbekämpfung und Zinsbesteuerung aufgeworfen. Abschliessend hielt Bundesrat Deiss fest, dass Aussenpolitik auch eine Sache der Wirtschaft sei.

Ozonschicht- und Klimaschutz

economiesuisse gegen nationale Alleingänge

Die Änderungsvorschläge betreffend ozonschichtabbauende Stoffe haben zum Ziel, die Stoffverordnung den beschlossenen Änderungen des Montrealer Protokolls von 1997 und 1999 anzupassen. Weiter sieht der Vernehmlassungsentwurf für synthetische Stoffe mit Klimaerwärmungspotenzial (Fluorkohlenwasserstoffe, Schwefelhexafluorid) Emissionskontrollen vor.

International harmonisierte Lösungen

Die Schweizer Wirtschaft ist nachweislich bereit, ihre ökologische Verantwortung im Bereich der Luftreinhaltung wahrzunehmen. Im vorliegenden Zusammenhang sei nur auf die Aktivitäten der Energie-Agentur der Wirtschaft im Rahmen der Umsetzung der Klimapolitik und die Branchenlösung zur Verwendung von SF₆ hingewiesen.

economiesuisse setzt sich aber aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes für international harmonisierte Lösungen ein. Ausserdem können globale ökologische Probleme nur international koordiniert gelöst werden.

Die Schweizer Wirtschaft ist nicht bereit, immer wieder eine Pionierrolle einzunehmen und Regulierungen zu unterstützen, die weder mit der Europäischen Union noch im globalen Umfeld harmonisiert sind und Wettbewerbsnachteile zur Folge haben. Für beide hier zur Diskussion stehenden Vorlagen trifft dies zu.

Keine Alleingänge

economiesuisse lehnt deshalb die vorgeschlagenen schweizerischen Alleingänge in der Stoffverordnung und der Luftreinhaltungsverordnung ab und fordert eine grundsätzliche Überarbeitung im Sinne einer Harmonisierung mit den entsprechenden europäischen Regelungen.



Vereinheitlichter Strafprozess

Der Bundesrat schlägt die Schaffung einer einheitlichen eidgenössischen Strafprozessordnung vor, welche die kantonalen Prozessordnungen ablösen soll. Auch die Wirtschaft ist davon direkt betroffen.

Dabei geht es um eine effiziente Rechtsdurchsetzung, um die Konsequenzen auf die Ausgaben von Bund und Kantonen, den Einbezug in Strafverfolgungen und allfällige Entschädigung von Nachteilen von Untersuchungsmassnahmen sowie die Konsequenzen der neu möglichen Strafbarkeit von Unternehmen.

Grundsätzliche Zustimmung zur Vereinheitlichung

Grundsätzlich begrüsst economiesuisse die Einführung einer gesamtschweizerischen Strafprozessordnung. Gerade in der heutigen Zeit erscheint es notwendig, das einheitliche materielle Recht auch in einem einheitlichen Prozessverfahren durchzusetzen. Das Festhalten an föderalistischen Traditionen wäre kein genügender Grund gegen die Vereinheitlichung

Kosten- und Effizienzkriterien

Aus Sicht der Wirtschaft muss

die neu einheitliche Organisation von Untersuchungs- und Strafverfolgungsbehörden vor allem unter Aspekten niedriger Kosten bei hoher Effizienz beurteilt werden. Verfehlt wäre es, die Revision durch einen Modellstreit zu blockieren oder sie mit die Effizienz und Konsequenz belastenden Kompromissen zu belasten.

Unternehmensinteressen bei Strafuntersuchungen wahren

Unternehmen können in ihrer Geschäftstätigkeit durch Unter-



suchungshandlungen – ob retrospektiv gerechtfertigt oder nicht – als Dritte oder mit der Einführung der Strafbarkeit von Unternehmen auch als Beschuldigte unter Umständen erheblich beeinträchtigt werden (z.B. Durchsuchung, Siegelung, Telefonüberwachung). Daher ist es zentral, dass auch Unternehmen für erlittene ungerechtfertigte Nachteile entschädigt werden. Ferner muss sichergestellt sein, dass Geschäftsgeheimnisse während Strafuntersuchungen wie auch

während des Prozesses geschützt bleiben.

Konsequenzen der Strafbarkeit von Unternehmen einbauen

Aufgrund von Vorstössen von economiesuisse haben National- und Ständerat mit dem Beschluss zur Einführung der Strafbarkeit von Unternehmen auch minimale prozessuale Vorschriften verabschiedet, die nun in die Vorlage übernommen werden müssen. Entscheidend ist, dass insbesondere die Unschuldsvermutung uneingeschränkt auch gegenüber den Unternehmen und ihren Organen beachtet wird.

Richtiger Verzicht auf Kronzeugen

Zu Recht verzichtet der Bundesrat auf eine Kronzeugenregelung. Mit den übrigen Ermittlungsmöglichkeiten und der Möglichkeit einer strafmindernden Berücksichtigung der Kooperations- und Geständniswilligkeit stehen den Untersuchungsbehörden genügend Mittel zur Rechtsdurchsetzung auch in komplexen Situationen und bei modernen Kriminalitätsformen zur Verfügung.

 thomas.pletscher@economiesuisse.ch

CHANCEN FÜR ALLE >

Wirtschaft und Politik im Gespräch

Im Rahmen des jährlichen Infoanlasses für Corporate-Communications- und PR-Verantwortliche der Schweizer Wirtschaft präsentierte economiesuisse am 5. März 2002 zwei deutsche Experten der wirtschaftspolitischen Kommunikation. Im Zentrum stand die erfolgreiche Informationskampagne «Chancen für alle» – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Der Anlass fand grosse Beachtung und zog zahlreiche PR- und KommunikationsspezialistInnen an.



Wie sich Themen wie «schlanker Staat», «mehr Unternehmergeist», «Förderung von Eigeninitiative» usw. verkaufen lassen: interessierte Schweizer Kommunikationsspezialisten.

Rückblick auf die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte

Nationalrat und Ständerat haben die letzten Differenzen beim **revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetz** ausgeräumt und die Revisionsvorlage in der Schlussabstimmung mit 114:58 (15 Enthaltungen) und 36:5 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Revisionserlass wird der Beitragssatz wieder auf zwei Lohnprozente gesenkt. Besserverdienende müssen auf Löhnen zwischen 106'800 und 267'000 Franken erst dann ein zusätzliches Lohnprozent abliefern, wenn der Schuldenberg der Arbeitslosenkasse fünf Milliarden Franken erreicht. Die Tagelder für den Normalfall werden von 520 auf 400 reduziert und die Mindestbeitragszeit für den Bezug von Tageldern wird auf ein Jahr verdoppelt.

Der Ständerat als Erstrat hat im Rahmen der **Armeereform XXI** beschlossen, die Rekrutenschule von heute 15 auf 18 Wochen zu verlängern und die Zahl der vorgesehenen Durchdiener, die ihre Dienstzeit am Stück absolvieren, auf höchstens 15 Prozent eines Rekrutenjahrgangs zu begrenzen. Das Projekt einer wesentlich kleineren und modular einsetzbaren Armee stiess im Übrigen auf breite Zustimmung; bemängelt wurde jedoch, dass die Armee XXI und das Projekt «Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit (USIS)» nicht parallel bearbeitet worden sind.

Börsenkotierte Unternehmen sowie spezialgesetzliche Aktiengesellschaften und Anstalten

des Bundes sollen gesetzlich verpflichtet werden, die Bezüge der Geschäftsleitung und die Entschädigungen der Verwaltungsräte individuell offenzulegen. Der Nationalrat hat dank einer breiten Koalition aus SP, SVP und Grünen eine SP-Motion betreffend **Transparenz der Kaderlöhne und Verwaltungsratsentschädigungen** im Verhältnis 2:1 überwiesen.

Nach dem Willen des Nationalrates sollen jedem **Parlamentarier** künftig jährlich 40'000 Franken zur Anstellung von **persönlichen Mitarbeitern** zur Verfügung stehen. Die Administration der Anstellung soll von den Parlamentsdiensten übernommen werden. Dieser zweckgebundene Kredit soll da-

bei auf Verordnungsstufe festgelegt werden. Eine von der staatspolitischen Kommission des Nationalrates initiierte Änderung des Entschädigungsgesetzes und der entsprechenden Verordnung wurde grossmehrheitlich angenommen.

In der Schlussabstimmung verabschiedete der Nationalrat mit 141:41 und der Ständerat mit 33:5 Stimmen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der **SVP-Goldinitiative** und die Annahme des **Gegenvorschlags «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»** empfiehlt. Das Bundesgesetz über die Stiftung solidarische Schweiz passierte die Schlussabstimmung mit 104:66 bzw. 33:5 Stimmen.

Bundesrat Pascal Couchepin mit Schweizer Wirtschaftsdelegation in der Türkei

Unser Wirtschaftsminister, Bundesrat Pascal Couchepin, hat der Türkei vom 24. bis 26. März einen offiziellen Arbeitsbesuch abgestattet.

In Ankara führte er zusammen mit seinen Begleitern Gespräche mit Wirtschaftsminister Kemal Dervish und Aussen-

handelsminister Tuncay Toskay. Ferner wurde er von Premierminister Bülent Ecevit zu einem längeren Gespräch empfangen.

Begleitet wurde Bundesrat Couchepin von einer prominenten Schweizer Wirtschaftsdelegation mit besonderen geschäftlichen Interessen in der

Türkei. Die Wirtschaftsdelegation wurde von economiesuisse organisiert.

Der Besuch fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem sich die Türkei mit grossen Anstrengungen erfolgreich bemüht, eine schwere Wirtschaftskrise zu überwinden. Die Schweizer Wirtschaftsvertreter konnten

sich bei mehreren Sitzungen aus erster Hand Informationen über die aktuelle Wirtschaftslage beschaffen.

Ziel des Besuchs war die aktive Förderung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, aber auch die Auffrischung von bereits bestehenden freundschaftlichen Kontakten.

(v.l.n.r.) M. Michon, Direktor VA Tech Hydro GmbH; Botschafter Dr. Kurt Wyss, Ankara; Botschafter Jörg Al. Reding, seco Bern; P. Strupler, persönlicher Mitarbeiter von BR Couchepin; Ajay Chhibber, Direktor Weltbank, Ankara (Gast); U. Blümli, Managing Director UBS, Zürich; Bundesrat Pascal Couchepin; P. Schneebeli, Präsident Alstom (Schweiz); H. Bachmann, Präsident Saurer Textil Systeme und Präsident des Swiss Turkish Business Council; P. Anderegg, CEO Filtex, St.Gallen; R. Bilger, CEO Clariant (Turquie), Istanbul; E. Davalle, Direktor Stucky Ingénieurs Conseil, Renens; B. Rosset, Vize-Präsident, Sero; M. Schmutz Cattaneo, Botschaftssekretärin, Ankara; Minister Livio Hürzeler, Schweizer Botschaft, Ankara; M. Peyro Voeffray, wissenschaftlicher Adjunktin des seco, Bern.



Bild: economiesuisse

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 01/421 35 35, Fax 01/421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economicsuisse.ch, Web: www.economicsuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economicsuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout 88 GmbH, Zürich; **Druckvorstufe und Druck:** Druckerei Kocherhans AG, Zürich

Dokumentation

- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Facts der Wirtschaft»**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5-mal jährlich. Gratis.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- **«Newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- **«Europa – Optionen und Hausaufgaben»**
Broschüre, 48 Seiten. Gratis.
- **Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbandes. Gratis.
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **Die Finanzierung von Entwicklung aus Sicht der Schweizer Wirtschaft**
Stellungnahme im Hinblick auf die UNO-Konferenz «Financing for Development» in Monterrey (Mexiko) vom 18. bis 22. März 2002. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

<input type="checkbox"/> Bestellung	<input type="checkbox"/> Adressänderung	Firma _____
Name _____		Strasse _____
Vorname _____		PLZ/Ort _____
Funktion _____		E-Mail _____

Vernehmlassungen

- 26. April 2002**
Änderung der Mineralölsteuerverordnung
Kontakt: florent.roudit@economicsuisse.ch
- 17. Mai 2002**
Vorzugpreise für die Beförderung von Zeitungen und Zeitschriften: Vernehmlassungsverfahren zu einer Teilrevision der Postverordnung vom 29. Oktober 1997 (VPG, SR 783.01)
Kontakt: rene.buholzer@economicsuisse.ch
- 15. Juni 2002**
Änderung der Lärmschutz-Verordnung (LSV)
Kontakt: peter.hutzli@economicsuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.